

Inhaltsübersicht

Teil 1

Einleitung	27
§ 1 Gegenstand der Untersuchung	28
§ 2 Gang der Untersuchung	29

Teil 2

Einführung in die Bedeutung von Corporate Governance für Familienunternehmen	30
§ 3 Corporate Governance	30
A. Begriffsverständnis	30
B. Deutscher Corporate Governance Kodex als Umsetzung der Europäisierung des Corporate Governance-Systems	31
§ 4 Erwartungshaltung von Familienunternehmen an Corporate Governance	33
A. Typusbegriff der Familienunternehmen	34
B. Interessen- und Zielbestimmung in Familienunternehmen für die Gestaltung der Corporate Governance	42
C. Governance Kodex für Familienunternehmen	58
D. Perpetuierung des Charakters als Familienunternehmen als Ziel der Governance-Rahmensetzung	60
E. Gesamtschau	64
§ 5 Interessenbestimmung von Familienunternehmen an einem Börsengang	64
A. Gründe für eine Börsennotierung	65
B. Gründe gegen eine Börsennotierung	69
C. Abwägung einer Börsennotierung für Familienunternehmen	72
§ 6 „Hybrider Charakter“ börsennotierter Familienunternehmen als Herausforderung der Corporate Governance	73

Teil 3

	Untersuchung des Deutschen Corporate Governance Kodex und dessen Wirkungen auf Familienunternehmen	74
§ 7	Empirische Untersuchung zur Ermittlung des Entsprechensverhaltens börsennotierter Familienunternehmen gegenüber dem Deutschen Corporate Governance Kodex	74
	A. Bedeutung der Rechtstatsachenforschung in den Rechtswissenschaften	75
	B. Gang der Untersuchung	76
	C. Ergebnisse	85
	D. Diskussion	95
	E. Einschränkungen der Untersuchung	112
§ 8	Thesen zu Abweichungsbedürfnissen börsennotierter Familienunternehmen gegenüber dem DCGK	115

Teil 4

	Rechtliche Untersuchung der für Familienunternehmen kritischen Corporate Governance-Bereiche des DCGK und Vorschläge <i>de lege ferenda</i>	117
§ 9	Empfehlungen an den Vorstand	117
	A. Diversity als Dogma der Vorstandszusammensetzung	117
	B. Transparenz der Vorstandsvergütung	122
§ 10	Empfehlungen zur Unabhängigkeit als wesentliches Ziel der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	129
	A. Schutzzweck des Unabhängigkeitspostulats	130
	B. Definitionsansätze für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern	133
	C. Anforderungen des DCGK an die Unabhängigkeit im Aufsichtsrat	143
	D. Unabhängigkeit vom kontrollierenden Aktionär als Schwerpunkt der Auseinandersetzung im Familienunternehmen	148
	E. Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat als Schwerpunkt der Auseinandersetzung in Familienunternehmen	162
	F. Vorschläge <i>de lege ferenda</i> sowie für eine Reform des DCGK aus der Perspektive börsennotierter Familienunternehmen	164
	G. Gesamtschau der Ergebnisse zur Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder	173
§ 11	Weitere Empfehlungen an den Aufsichtsrat	174
	A. Diversität als Ziel der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	174
	B. Beachtung einer Altersgrenze bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	177

Inhaltsübersicht	11
C. Organisationsstruktur des Aufsichtsrats	179
§ 12 Gesamtschau der Ergebnisse aus Teil 4	181
<i>Teil 5</i>	
Umsetzung einer Family Business Governance in börsennotierten Familienunternehmen zur Sicherung des Charakters als Familienunternehmen	183
§ 13 Bedeutung der Family Business Governance in börsennotierten Familien- unternehmen	183
§ 14 Informationsrechte sowie Zusatz- und Serviceleistungen zugunsten der Familien- aktionäre	185
A. Informationsprivilegien zugunsten von Familienaktionären und anderen Fami- lienmitgliedern	186
B. Zusatz- und Serviceleistungen zugunsten von Familienaktionären	200
§ 15 Elemente der Family Business Governance und Bewertung ihrer Einsatzmöglichkei- ten in börsennotierten Familienunternehmen	202
A. Einflussnahme auf die Unternehmensleitung	203
B. Einflussnahme auf Aktionärs- und Satzungsebene	219
C. Einflussnahme durch Nebenvereinbarungen der Familienaktionäre	231
§ 16 Identifizierung von Eckpunkten einer Family Business Governance in börsennotier- ten Familienunternehmen	258
A. Bewertung untersuchter Gestaltungsinstrumente der Family Business Governance	258
B. KGaA als attraktive Rechtsform für börsennotierte Familienunternehmen	260
<i>Teil 6</i>	
Zusammenfassung in Thesen und Ausblick	262
Literaturverzeichnis	267
Entsprechenserklärungen	312
Anhang	315
Sachwortverzeichnis	322

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Einleitung	27
§ 1 Gegenstand der Untersuchung	28
§ 2 Gang der Untersuchung	29

Teil 2

Einführung in die Bedeutung von Corporate Governance für Familienunternehmen	30
§ 3 Corporate Governance	30
A. Begriffsverständnis	30
B. Deutscher Corporate Governance Kodex als Umsetzung der Europäisierung des Corporate Governance-Systems	31
§ 4 Erwartungshaltung von Familienunternehmen an Corporate Governance	33
A. Typusbegriff der Familienunternehmen	34
I. Merkmale des Typus „Familienunternehmen“	35
II. Konkretisierung: Börsennotierte Familienunternehmen	37
1. Gründer- und inhaberdominierte Unternehmen	37
2. Founding-Family-Definition	37
3. Bewertung der verschiedenen Ansätze	38
a) Eigentum der Gründer- oder Inhaberfamilie	38
b) Beteiligungshöhe und -art	39
c) Möglichkeiten der Einflussnahme	40
d) Familienverständnis	41
B. Interessen- und Zielbestimmung in Familienunternehmen für die Gestaltung der Corporate Governance	42
I. Prinzipal-Agent-Konflikte und spezielle Governance-Konflikte in Familienunternehmen	42
1. Konflikte innerhalb einer Unternehmerfamilie	43
2. Konflikte mit dem Fremdmanagement	44
3. Ausprägungen von Prinzipal-Agent-Konflikten in börsennotierten Familienunternehmen	46
II. Modelle zur Governance in Familienunternehmen	47

1. Das Drei-Kreise-Modell	47
2. Die Stewardship-Theorie	49
III. Ziele der Corporate Governance in Familienunternehmen	51
1. Familienkontrolle und -einflussnahme	53
2. Identifikation der Familienmitglieder mit dem Unternehmen	55
3. Verbindliche und langfristige soziale Beziehungen	56
4. Emotionale Verbundenheit der Familienmitglieder	57
5. Erhaltung des Familienunternehmens durch dynastische Nachfolge	57
6. Gesamtschau	58
C. Governance Kodex für Familienunternehmen	58
I. Hintergrund	59
II. Bedeutungsgehalt des GKFU für börsennotierte Familienunternehmen	59
D. Perpetuierung des Charakters als Familienunternehmen als Ziel der Governance-Rahmensetzung	60
I. Beispiele der Gesetzgebung	61
II. Legitimationsansätze zur Perpetuierung	61
E. Gesamtschau	64
§ 5 Interessenbestimmung von Familienunternehmen an einem Börsengang	64
A. Gründe für eine Börsennotierung	65
I. Unternehmensfinanzierung	65
1. Erweiterung der Eigenkapital- und Liquiditätsbasis	65
2. Finanzielle Unabhängigkeit	67
3. Erwerb und Veräußerbarkeit der Gesellschaftsanteile	67
II. Bekanntheit und Professionalisierung	68
B. Gründe gegen eine Börsennotierung	69
I. Verlust der Einflussnahme und Kontrolle	70
II. Pflichten und Kosten	71
C. Abwägung einer Börsennotierung für Familienunternehmen	72
§ 6 „Hybrider Charakter“ börsennotierter Familienunternehmen als Herausforderung der Corporate Governance	73

Teil 3

Untersuchung des Deutschen Corporate Governance Kodex und dessen Wirkungen auf Familienunternehmen	74
§ 7 Empirische Untersuchung zur Ermittlung des Entsprechensverhaltens börsennotierter Familienunternehmen gegenüber dem Deutschen Corporate Governance Kodex	74
A. Bedeutung der Rechtstatsachenforschung in den Rechtswissenschaften	75

B. Gang der Untersuchung	76
I. Vorgehensweise	77
II. Datengrundlage	78
1. Bestimmung der Datengrundlage	78
2. Abgrenzung zwischen den Indizes	79
a) DAXplus Family Index	80
b) German Entrepreneurial Index (GEX)	81
c) HAFixD	81
d) Credit Suisse Family Index	82
e) Global Family Business Index	82
3. Auswahl und Abwägung der Indizes für die vorliegende Untersuchung	83
4. DCGK-2017 als Bezugsgröße	85
5. Referenz-/Vergleichsgruppe	85
C. Ergebnisse	85
I. Überblicksartige Ergebnisdarstellung	86
II. Kapitel 2: Aktionäre und Hauptversammlung	87
III. Kapitel 3: Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat	87
IV. Kapitel 4: Vorstand	88
V. Kapitel 5: Aufsichtsrat	90
VI. Kapitel 6: Transparenz	93
VII. Kapitel 7: Rechnungslegung und Abschlussprüfung	94
D. Diskussion	95
I. Hypothese 1: Entsprechensverhalten von Familienunternehmen	96
II. Hypothese 2: Kritische Empfehlungen für Familienunternehmen	96
1. Kapitel 3: Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat	97
2. Kapitel 4: Vorstand	98
a) Compliance-Management	99
b) Vorstandsvergütung	99
aa) Höchstgrenzen der Vorstandsvergütung	100
bb) Abfindungs-Cap	101
cc) Ausblick	102
c) Darstellung der Vorstandsvergütung	103
3. Kapitel 5: Aufsichtsrat	104
a) Anforderungen an die Vorstandszusammensetzung	104
b) Altersgrenze von Vorstandsmitgliedern	105
c) Aufsichtsratsausschüsse	106
d) Anforderungen an die Aufsichtsratszusammensetzung: Unabhängigkeit des Aufsichtsrats	107

e) Anforderungen an Aufsichtsratsmitglieder: Altersgrenze 108
 f) Anforderungen an die Aufsichtsratszusammensetzung: Diversity .. 109
 g) Ausgestaltung der Aufsichtsratsvergütung 110
 4. Kapitel 6: Transparenz 111
 5. Kapitel 7: Rechnungslegung und Abschlussprüfung 111
 E. Einschränkungen der Untersuchung 112
 I. Grenzen der Untersuchung aufgrund Methodik und Signalstärke der Entsprechenserklärung 112
 II. Grenzen der Untersuchung aufgrund der Datengrundlage 113
 § 8 Thesen zu Abweichungsbedürfnissen börsennotierter Familienunternehmen gegenüber dem DCGK 115

Teil 4

Rechtliche Untersuchung der für Familienunternehmen kritischen Corporate Governance-Bereiche des DCGK und Vorschläge *de lege ferenda* 117
 § 9 Empfehlungen an den Vorstand 117
 A. Diversity als Dogma der Vorstandszusammensetzung 117
 I. Tendenziell geringe Bedeutung der Besetzung des Vorstands mit Mitgliedern der Unternehmerfamilie in börsennotierten Familienunternehmen ... 118
 II. Einschränkungen der Auswahlfreiheit des Aufsichtsrats 120
 III. Kein Anpassungsbedarf der Regelungen zur Vorstandszusammensetzung sowie Ausblick auf weitere Untersuchungsansätze 121
 B. Transparenz der Vorstandsvergütung 122
 I. Anforderungen durch Gesetz und DCGK an die Transparenz der Vorstandsvergütung 122
 1. Überblick über die gesetzlichen Vorgaben zur Offenlegung der Vorstandsvergütung und Verschärfungen durch das ARUG II 123
 2. Ergänzende Regelungen des DCGK 125
 3. Zwischenfazit 125
 II. Kapitalmarkinteresse versus Vertraulichkeitsinteresse von Familienunternehmen 126
 1. Interessenbestimmung des Kapitalmarkts an Transparenz der Vorstandsvergütung 126
 2. Interessenbestimmung des Familienunternehmens an Vertraulichkeit der Vorstandsvergütung 127
 III. Interessenabwägung 128
 § 10 Empfehlungen zur Unabhängigkeit als wesentliches Ziel der Zusammensetzung des Aufsichtsrats 129

A. Schutzzweck des Unabhängigkeitspostulats	130
I. Unabhängigkeit von Vorstand und Gesellschaft	131
II. Unabhängigkeit vom kontrollierenden Aktionär	132
B. Definitionsansätze für die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern	133
I. Aktiengesetz	134
II. Europäische Kommission	135
III. DCGK	136
1. Unabhängigkeitsbegriff vom Aufsichtsratsmitglied gegenüber Vorstand und Gesellschaft	138
2. Unabhängigkeitsbegriff vom Aufsichtsratsmitglied gegenüber kontrollierendem Aktionär	140
3. Familienaktionäre als abhängige Aufsichtsratsmitglieder	141
IV. Stimmrechtsberater	142
C. Anforderungen des DCGK an die Unabhängigkeit im Aufsichtsrat	143
I. Empfehlungen zur Besetzung mit einer angemessenen Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder	143
II. Empfehlungen zur Unabhängigkeit im weiteren Sinne	146
III. „Berücksichtigung der Eigentümerstruktur“ (Empfehlung C.6 DCGK) als Handreichung für börsennotierte Familienunternehmen	147
IV. Unterschiede zwischen mitbestimmter und mitbestimmungsfreier Gesellschaft	148
D. Unabhängigkeit vom kontrollierenden Aktionär als Schwerpunkt der Auseinandersetzung im Familienunternehmen	148
I. Auswertung und Einordnung der Kritik am Unabhängigkeitspostulat vom kontrollierenden Aktionär	149
1. Eigentumsgarantie als Rechtfertigung zur Einflussnahme auf die Gesellschaft	149
a) Singuläre Betrachtung des Unabhängigkeitspostulats	151
aa) Kein Mandat zur Rechtssetzung	151
bb) Geringe Eingriffsintensität	152
b) Gesamtbetrachtung des Unabhängigkeitspostulats angesichts weiterer Verstärkungseffekte	153
2. Gesetzgeberische Wertung: Aufsichtsrat als Aktionärsausschuss	155
3. Besondere Eignung eines Mehrheitsaktionärs als Aufsichtsratsmitglied	157
4. Interessengleichlauf zwischen Mehrheitsaktionären und Unternehmen sowie zwischen Mehrheitsaktionären und Minderheitsaktionären	159
II. Stellungnahme: Unabhängigkeit vom kontrollierenden Aktionär als systemwidriges und doch in Teilen nicht unberechtigtes Postulat	160
E. Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat als Schwerpunkt der Auseinandersetzung in Familienunternehmen	162

- I. Hintergrund und Entwicklung der Regelung des DCGK zur Zugehörigkeitsdauer 162
 - II. Bewertung der Entwicklung der Regulierung der Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat 163
- F. Vorschläge *de lege ferenda* sowie für eine Reform des DCGK aus der Perspektive börsennotierter Familienunternehmen 164
 - I. Sondervertretung der Aktionärsminderheiten statt Unabhängigkeit vom kontrollierenden Aktionär 166
 - II. Änderungsvorschläge für eine Reform des DCGK 169
 - 1. Möglichkeiten zur Gestaltung einzelfallbezogener Sonderregeln und Ausnahmen 169
 - 2. Diskussion und Bewertung einzelner Vorschläge 170
 - a) Berücksichtigung der Art der Eigentümerstruktur für die angemessene Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder 170
 - b) Bemessung der Mindestanzahl vom kontrollierenden Aktionär unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder nach dem DCGK anhand der Anzahl der Anteilseignervertreter 171
 - c) Anpassung des Indikatorenkatalogs zur Unabhängigkeit 173
- G. Gesamtschau der Ergebnisse zur Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder .. 173
- § 11 Weitere Empfehlungen an den Aufsichtsrat 174
 - A. Diversität als Ziel der Zusammensetzung des Aufsichtsrats 174
 - B. Beachtung einer Altersgrenze bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats 177
 - C. Organisationsstruktur des Aufsichtsrats 179
 - I. Gesetzliche Rahmensetzung zur Bildung von Aufsichtsratsausschüssen ... 180
 - II. Weitergehende Regulierung der Organstruktur durch den DCGK 180
 - III. Abwägung mit Blick auf börsennotierte Familienunternehmen 181
- § 12 Gesamtschau der Ergebnisse aus Teil 4 181

Teil 5

- Umsetzung einer Family Business Governance**
 - in börsennotierten Familienunternehmen zur Sicherung**
 - des Charakters als Familienunternehmen** 183
 - § 13 Bedeutung der Family Business Governance in börsennotierten Familienunternehmen 183
 - § 14 Informationsrechte sowie Zusatz- und Serviceleistungen zugunsten der Familienaktionäre 185
 - A. Informationsprivilegien zugunsten von Familienaktionären und anderen Familienmitgliedern 186

I. Inhaber der Kommunikationskompetenz	186
II. Aktienrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz als Grenze	188
1. Zulässigkeit situationsbezogener (Vorab-)Information von Großaktionären	188
2. Zulässigkeit eines generellen Informationsprivilegs zugunsten von Großaktionären	189
a) Wirtschaftliche Bindung als sachlicher Grund	190
b) Aktienrechtliches Organisationsgefüge als Leitlinie zur Bestimmung des Unternehmensinteresses	191
c) Keine Neubewertung für Familienaktionäre aufgrund § 134b AktG	192
III. Verschwiegenheitspflicht des Vorstands und Aufsichtsrats	194
1. Aktienrechtliche Verschwiegenheitspflicht	194
2. Handlungsverbote des Geschäftsgeheimnisgesetzes	196
a) Reichweite des Geschäftsgeheimnisbegriffs	196
b) Bedeutungsgehalt für die Aktionärskommunikation	196
IV. Verbot des Insiderhandels	197
V. Gesamtschau im Lichte der Rechtsfolgen unzulässiger Informationsweitergabe	198
B. Zusatz- und Serviceleistungen zugunsten von Familienaktionären	200
I. Gegenstand von Zusatz- und Serviceleistungen	200
II. Unzulässigkeit von Zusatz- oder Serviceleistungen	201
§ 15 Elemente der Family Business Governance und Bewertung ihrer Einsatzmöglichkeiten in börsennotierten Familienunternehmen	202
A. Einflussnahme auf die Unternehmensleitung	203
I. Beirat	203
1. Motive für einen fakultativen Beirat in börsennotierten Familienunternehmen	204
2. Rechtliche Rahmensetzung zur Implementierung	205
a) Grundsatz der Satzungsstrenge	205
b) Informationsprivilegien zugunsten eines schuldrechtlichen Beirats	207
aa) Informationsprivilegien zugunsten eines schuldrechtlichen Beirats	208
bb) Auskunftsansprüche gegenüber dem Vorstand	208
3. Sonderfall: Weitreichende Rechte eines fakultativen Beirats in der KGaA	209
a) Möglichkeiten zur Übertragung von Kompetenzen im Verhältnis zum Aktienrecht	209
aa) Ausübung der Geschäftsführung	210
bb) Überwachung der Geschäftsführung	210

cc) Zustimmung zu außergewöhnlichen Geschäftsführungs- maßnahmen	211
dd) Grenzen aufgrund des Personengesellschaftsrechts in der KGaA	212
b) Rechtstatsächlicher Befund als Indiz genutzter gestalterischer Spiel- räume	213
4. Besetzung des Beirats	214
a) Grenzen aufgrund des Mitbestimmungsrechts	215
b) Weitere Empfehlungen zur Besetzung des Beirats	215
5. Gesamtschau	216
II. Entsendungsrechte in den Aufsichtsrat	217
1. Chancen von Entsendungsrechten in börsennotierten Familien- unternehmen	217
2. Grenzen der Einflussssicherung durch Entsendungsrechte in börsennotier- ten Familienunternehmen	218
B. Einflussnahme auf Aktionärs- und Satzungsebene	219
I. Vinkulierung	219
1. Sicherung des Familieneinflusses durch Vinkulierung	220
2. Eignung der Vinkulierung im börsennotierten Familienunternehmen ..	221
II. Vorzugsaktien	223
1. Rechtliche Rahmenbedingungen zur Schaffung von Vorzugsaktien	224
2. Abwägung der Emission von Vorzugsaktien in börsennotierten Familien- unternehmen	225
a) Motive zur Emission von stimmrechtslosen Vorzugsaktien	225
b) Nachteile der Emission stimmrechtsloser Vorzugsaktien	226
3. Gestaltungsmöglichkeiten in börsennotierten Familienunternehmen ...	228
a) Rechtstatsächliche Befunde	228
b) Vorzugsaktien als traditionelles Instrument zur Sicherung des Stimm- rechtseinflusses meist keine attraktive Gestaltungsoption	230
C. Einflussnahme durch Nebenvereinbarungen der Familienaktionäre	231
I. Poolverträge	232
1. Poolverträge als Elemente der Einflussssicherung in Familien- unternehmen	232
a) Gestaltungsmöglichkeiten zur Bündelung der Aktien im Familien- pool	232
b) Motivlage zum Abschluss eines Poolvertrags in Familien- unternehmen	233
2. Typische Regelungsgegenstände von Poolverträgen in börsennotierten Familienunternehmen	234
a) Stimmbindungen	234
b) Übertragbarkeit der Aktien am Kapitalmarkt	235

c) Regeln über die Dauer und Beendigung des Poolvertrags	235
d) Weitere Regelungsgegenstände	236
3. Grenzen von Poolverträgen in börsennotierten Familienunternehmen ..	236
a) Publizitäts- und Meldepflichten	237
b) Konzernrechtliche Zurechnung aufgrund von Pooling und Rechtsfolgen der Zurechnung	238
aa) Unternehmenseigenschaft des Stimmrechtspools im Sinne des § 15 AktG	238
(1) Keine Unternehmenseigenschaft der (Innen-)Gesellschaft bürgerlichen Rechts mangels Teilnahme am Rechtsverkehr	238
(2) Keine Zurechnung der Unternehmenseigenschaft auf die (Innen-)Gesellschaft bürgerlichen Rechts	239
bb) Abhängigkeitsverhältnis zugunsten der Poolaktionäre im Sinne des § 17 AktG	240
(1) Vermutung einer Abhängigkeit aufgrund Mehrheitsbeteiligung, § 17 Abs. 2 AktG	240
(2) Abhängigkeit aufgrund beherrschenden Einflusses, § 17 Abs. 1 AktG	241
cc) Rechtsfolgen für börsennotierte Familienunternehmen und deren Familienaktionäre	242
c) Übernahmerechtliche Folgepflichten bei Kontrollerlangung	242
4. Exkurs: Gründung einer Familienholding anstelle eines Poolvertrags ..	244
a) Vorteile einer Familienholding gegenüber einem schuldrechtlichen Poolvertrag	244
b) Nachteile einer Familienholding gegenüber einem schuldrechtlichen Poolvertrag	244
c) Publizitätsniveau einer Familienholding	244
5. Poolverträge als wirkungsvolles und zugleich rechtsfolgenreiches Gestaltungsinstrument in Familienunternehmen	245
II. Familienverfassung	246
1. Überblick zu Motiven und typischen Regelungsinhalten einer Familienverfassung	248
a) Motivlage	248
b) Typische Regelungsinhalte	249
2. Rechtsqualität und Rechtswirkungen der Familienverfassung in börsennotierten Familienunternehmen	249
a) Rechtsqualität der Familienverfassung	250
b) Unmittelbare Rechtswirkungen der Familienverfassung in börsennotierten Familienunternehmen	251
c) Mittelbare Rechtswirkungen einer Familienverfassung	253
aa) Innergesellschaftliche Übung	253

bb) Ergänzende Auslegung der Satzung von Familienunternehmen	254
cc) Konkretisierung der Treuepflicht	255
d) Gesamtschau	256
3. Empfehlungen für den Einsatz einer Familienverfassung in börsennotierten Familienunternehmen	256
§ 16 Identifizierung von Eckpunkten einer Family Business Governance in börsennotierten Familienunternehmen	258
A. Bewertung untersuchter Gestaltungsinstrumente der Family Business Governance	258
B. KGaA als attraktive Rechtsform für börsennotierte Familienunternehmen	260

Teil 6

Zusammenfassung in Thesen und Ausblick	262
Literaturverzeichnis	267
Entsprechenserklärungen	312
Anhang	315
Sachwortverzeichnis	322